

Gastbeitrag (wurde aber nie in der BaZ publiziert)

Personenfreizügigkeit

Nivellierung nach unten!

Unglaublich - mit welchen Tricks gewisse Personenfreizügigkeitsbefürworter den Stimmbürgern die Vorlage vom 25. September schmackhaft machen wollen. Das Harmloseste hiervon waren - wenn auch ein totaler Flop - die sogenannten Fabrik-Znünis. Nicht einmal alle grösseren Unternehmungen, resp. deren Führungen, machten mit. Mit schweizweit bloss 100 Betrieben muss von einem Rohrkrepierer gesprochen werden. Die Stimmbürger lassen sich offensichtlich nicht für ein Zuckerbrot um den Finger wickeln!

Die Gewerkschaften sind bei der Personenfreizügigkeit, besser Ost-Zuwanderung, gespalten. Die von sicheren Arbeitsplätzen aus agierenden Vollzeitsekretäre sind nach aussen dafür. Die Basis hingegen schmolzt und ist kaum mehr zu beruhigen. Dies alles ist eine bittere Pille für die einheimischen Arbeitnehmer und ebenso für Ausländer, welche schon Jahrzehnte hier ihr Brot verdienen. Viele Gewerkschafter fragen sich:

"Braucht die Schweiz denn Arbeitsplätze oder zusätzliche Arbeitskräfte?"

Nur gut ein Drittel der Arbeitnehmer in der Schweiz untersteht einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Hier gelten zumindest Minimallöhne. Bei einer zusätzlichen Zuwanderung aus dem Osten werden letztlich alle Arbeitnehmer zu einem Minimallohn arbeiten. Warum sollen denn die Unternehmer mehr bezahlen, wenn es auch billig geht?

Jene die behaupten, dass die EU-Bürger z.Z ja auch nicht in Massen zu uns einwandern würden, täuschen sich gewaltig. Deutsche Fachkräfte strömen seit zwei Jahren zu Tausenden, meist aus den neuen Bundesländern im Osten, in die "schöne" Schweiz und wir haben immer noch 150000 Arbeitslose (alle Ausgesteuerten und die rückgewanderten Italiener u.a. nicht miteinberechnet).

Die sogenannten flankierenden Massnahmen stellen im Uebrigen auch nur ein Zückerchen (vor der Abstimmung) dar und sind so "seriös" wie gewisse Wettervorhersagen! Vorgesehen ist 1 Arbeitsinspektor pro 25000 Arbeitnehmern. Dies ergibt alle paar Jahre mal eine Kontrolle im Betrieb! Die durchschnittliche Höhe der in diesem Jahr in Basel-Stadt ausgesprochenen über 60 Bussen betrug lediglich 210 Franken!. Wirkt so etwas abschreckend?

Die flankierenden Massnahmen wurden nicht mit der EU ausgehandelt. Sie sind Swiss-made, d.h. sie können jederzeit von einer Parlamentsmehrheit in Bern abgeschwächt oder gar aufgehoben werden. Zur verbreiteten Mär von der "Isolation" der Schweiz folgendes: Wer profitiert wohl mehr von den Bilateralen I; die EU-Staaten oder die Schweiz? Auf die Transitvorteile auf Schiene und Strasse durch die Schweiz werden die alten EU-Staaten mit Sicherheit nicht mehr verzichten wollen... Für eine Auflösung der Bilateralen I würde sich in der EU nie die notwendige Einstimmigkeit finden lassen. Im Uebrigen lassen sich Deutschland und Italien in dieser Frage von ihren "Partnerstaaten" nie und nimmer erpressen!

Bei einem Ja zur "Personenfreizügigkeit" würden nicht zehntausende von Schweizer Arbeitnehmern im Osten eine Arbeit suchen und erhalten (zu welchen Bedingungen denn?), sondern zuviele Staatsbürger mit ihrem Anhang aus den armen Oststaaten in die attraktive Schweiz drängen. Das Gefälle zwischen West und Ost wird leider noch Jahr-zehnte Realität bleiben (siehe bestehendes Gefälle im Musterlände Deutschland, welches kaum wegzukriegen ist!).

In der Schweiz bringt die Ost-Zuwanderung den Normalverdienern und KMU's nur Nachteile. Deshalb Nein zu diesem einseitigen Vertragswerk!

Markus Borner, Präsident SD-BS, a.Grossrat